



STADTAMT GMUNDEN

Präsidialabteilung
A-4810 Gmunden, Rathausplatz 1

Telefon: (07612) 794-0
Fax: (07612) 794/258
E-Mail: stadttamt@gmunden.ooe.gv.at
<http://www.gmunden.at>

Zahl: GR
Datum: 19. Februar 2019
Bearbeiter: Schögl Monika
Telefon: 07612/794-202
Fax: 07612/794-209
E-Mail monika.schoegl@gmunden.ooe.gv.at
Sitzungsnummer: GR/2019/19

PROTOKOLL

der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates im Rathaussaal Gmunden.

Datum: 04.02.2019 Beginn: 17:00 Uhr Ende: 19:12 Uhr

Anwesend sind:

1. Krapf Stefan, Bgm. Mag.phil
2. Schlair Wolfgang, Vzbgm. Dipl.-Ing. (FH)
3. Apfler Martin, StR. Mag.
4. Schneditz-Bolfras Michael Savo Oskar, GR Dr.iur.
5. Andeßner Manfred, StR.
6. John Siegfried, GR
7. Thallinger Auguste, GR.ⁱⁿ
8. Bammingner Johannes, GR
9. Moser Franz Rudolf, GR MBA
10. Bergthaler Karl, GR Mag. Dr.iur
11. Peganz Elke Maria, Dir.ⁱⁿ GR.ⁱⁿ
12. Weichselbaumer Michael, GR
13. Attwenger Maximilian, GR
14. Löberbauer Maximilian, GR Mag.
15. Vesely Recte Riha Bettina Sibylle, GR.ⁱⁿ Vertretung für Frau StR.ⁱⁿ Irene Schönleitner
16. Kosma Hans-Peter, GR Vertretung für Herrn GR Michael Frostel
17. Oberwallner Gustav Nikolaus, GR MBA Mag. Dr. Vertretung für Frau GR.in
Theresa-Caroline Friedrichsberg
18. Laherstorfer Christiana, GR.ⁱⁿ Vertretung für Herrn GR Manfred Reingruber
19. Abart Andreas, GR Dipl.-Ing. Dr. Vertretung für Frau GR.ⁱⁿ Jane Beryl Simmer, MBA
20. Dobringer Ernst, GR Vertretung für Herrn StR. Thomas Michael Höpoltzeder
21. Enzmann Beate, Vzbgm.ⁱⁿ
22. Colli Günther, GR KR
23. Trieb Peter Josef, GR
24. Fritz Dina, GR.ⁱⁿ Mag.iur
25. Pollak Georg Helmut, GR ab 17.15 Uhr (TO-Pkt. 4)
26. Sageder Wolfgang, StR.
27. Hochegger Helmut, GR
28. Medl Markus, GR Mag.iur.
29. Tschütscher Anton, GR Vertretung für Herrn GR Christian Henter
30. Fronia-Forstner Ulrike, GR.ⁱⁿ Vertretung für Frau GR.ⁱⁿ Elisabeth Auer
31. Kaßmannhuber Reinhold, StR. Dipl.-Ing.
32. Drack Margit, GR.ⁱⁿ
33. Hausherr Rosina, GR.ⁱⁿ
34. Schedenig Walter, GR Dkfm. Vertretung für Herrn GR Dr.med.vet
Andreas Georg Rudolf Hecht
35. Bors Johanna, GR.ⁱⁿ Mag.^a
36. Kienesberger Otto, GR Dipl.-Ing.
37. Kammerhofer Karl, GR Mag. Ing. Vertretung für Herrn GR Dipl.-Ing. Josef Sperrer

Die Verhandlungsschrift
wurde in der Sitzung des
Gemeinderates am
21.03.2019 genehmigt.

Der Bürgermeister:

38. Pseiner Heimo, Dr. Stadtamtsdirektor
39. Schögl Monika als Schriftführerin

Entschuldigt abwesend sind:

40. Höpoltsecker Thomas Michael, StR.
41. Schönleitner Irene, StR.ⁱⁿ
42. Frostel Michael, GR
43. Friedrichsberg Theresa-Caroline, GR.ⁱⁿ
44. Reingruber Manfred, GR
45. Simmer, MBA Jane Beryl, GR.ⁱⁿ
46. Auer Elisabeth, GR.ⁱⁿ
47. Henter Christian, GR
48. Hecht Andreas Georg Rudolf, GR Dr.med.vet
49. Sperrer Josef, GR Dipl.-Ing.

Bgm. Mag. Krapf:

Meine Damen und Herren!

Ich eröffne die **19. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates** der Stadtgemeinde Gmunden und begrüße Sie sehr herzlich. Weiters begrüße ich die Vertreter der Presse und die Zuhörerinnen und Zuhörer.

Das Stattfinden dieser Sitzung wurde in der Presse und an der Amtstafel ortsüblich bekanntgemacht. Sie selbst haben eine schriftliche Einladung erhalten.

Ich stelle fest, dass der Gemeinderat beschlussfähig ist.

Die Verhandlungsschrift über die 18. Sitzung des Gemeinderates lag zur Einsicht auf und blieb ohne Beanstandung. Die rechtmäßige Genehmigung gemäß den Bestimmungen der Oö. Gemeindeordnung 1990 i.d.g.F. (§ 54 Abs. 3-6) erfolgt am Schluss der Sitzung durch Beurkundung durch den Bürgermeister und je einem Mitglied der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen. Die genehmigte Verhandlungsschrift wird auf der Homepage der Stadtgemeinde Gmunden veröffentlicht.

Bgm. Mag. Krapf **setzt** gemäß § 46 Abs. 4 Oö. Gemeindeordnung 1990 die **Tagesordnungspunkte 1, 2 und 3 von der Tagesordnung ab** und begründet dies damit, dass der Ausschuss für Verkehrs- und Mobilitätsangelegenheiten erst nach Erstellung der Gemeinderats-Tagesordnung getagt hat. Er verweist auf das Beratungsergebnis des Ausschusses, die Notwendigkeit, eine diesbezügliche Regelung im Rahmen der gesamten Neuregelung der Parkraumbewirtschaftung zu treffen und auf eingebrachte Anträge einer Partei. Der TO-Pkt. 3 (Ladezone Rinnholzplatz) wird weiterhin im Ausschuss behandelt und beraten.

Auf die Frage von GR KR Colli, was der Anlass für diese Gemeinderatssitzung ist, da keine Informationen vorliegen, wer diese beantragt hat und er nicht weiß, was die Gewerbetreibenden der Innenstadt gefordert haben bzw. ob hier Protokolle über Besprechungen vorliegen, erklärt Bgm. Mag. Krapf, dass am 16. Jänner eine Besprechung mit der Kaufmannschaft stattfand, bei der 60-70 Kaufleute (40 Innenstadtbetriebe) anwesend waren. Bei dieser Besprechung wurde aufgrund des Frequenzrückganges und der dramatischen Umsatzeinbußen von der Kaufmannschaft die Öffnung des Rathausplatzes für den Individualverkehr gefordert. Aufgrund der dramatischen Zahlen können manche Geschäfte nicht mehr bis zum nächsten Gemeinderat 21.3. auf eine Lösung warten.

GR Trieb und Vzbgm.ⁱⁿ Enzmann fragen, warum bis jetzt keine Information erfolgte und wer zu dieser Sitzung eingeladen wurde bzw. an wen sich die Kaufmannschaft wandte?

Bgm. Mag. Krapf und StR. Mag. Apfler erklären, dass seitens der Wirtschaftsstelle 1 x im Jahr zu einem Gespräch, dem Jahresplanungsgespräch, eingeladen wird. Da im Vorfeld seitens der Innenstadtkaufleute Unzufriedenheit geäußert wurde, wurden sie ersucht, zum Punkt Allfälliges zu erscheinen.

Bgm. Mag. Krapf berichtet weiters, dass ihm persönlich seit November ein drastischer Frequenzrückgang auffällt und wurde dieser nun mit Zahlen untermauert. Ihm sei aber erst am 16.1. so richtig bewusst geworden, dass hier rascher Handlungsbedarf besteht und wurde daher von ihm diese Gemeinderatssitzung einberufen. Er erklärt, dass die Tagesordnungspunkte Vorschläge der Gemeinde waren, der Hauptwunsch der Innenstadtkaufleute die Öffnung des Rathausplatzes für den motorisierten Individualverkehr ist und, dass es sich bei dieser Besprechung um keine gesonderte Sitzung handelte sondern um die jährliche Jahresplanungssitzung. Bei dieser Besprechung wurde die Entwicklung der letzten Wochen und Monate von den Innenstadtbetrieben mit konkreten Zahlen und Umsatzeinbußen dokumentiert.

Da keine weiteren Fragen vorliegen, geht Bgm. Mag. Krapf in die Tagesordnung über.

Tagesordnung:

- 1 . Beratung und Beschlussfassung über die Neuregelung der Gebührenpflicht Am Graben von Objekt Nr. 2 bis Nr. 14 einschl. vor Habertstraße Nr. 2 (vor Post) von gebührenpflichtigem Parken auf gebührenfreies Parken mit Parkscheibe, Dauer 45 Minuten; **(Wurde vor Eingang in die Tagesordnung abgesetzt)**;
- 2 . Beratung und Beschlussfassung über die Neuregelung der Gebührenpflicht in der Badgasse, vor Objekt Nr. 3 und 4 von gebührenpflichtigem Parken auf gebührenfreies Parken mit Parkscheibe, Dauer 45 Minuten; **(Wurde vor Eingang in die Tagesordnung abgesetzt)**;
- 3 . Beratung und Beschlussfassung über die Errichtung einer Ladezone am Rinnholzplatz vor Objekt Nr. 2 und 3 (ehem. Farben Thalhammer); **(Wurde vor Eingang in die Tagesordnung abgesetzt)**;
- 4 . Beratung und Beschlussfassung über eine zeitlich befristete Aufhebung (bis 30.04.2019) der Fußgängerzone am Rathausplatz zur Schaffung einer gebührenfreien Kurzparkzone mit Parkscheibe (Dauer max. 45 Minuten)
- 5 . Antrag der BIG Gemeinderatsfraktion zur Gebührenbefreiung der ersten halben Stunde des Parkens in der Tiefgarage – Beratung und Beschlussfassung;
- 6 . Antrag der BIG Gemeinderatsfraktion zur viertelstündlichen Abrechnung der Parkgebühr in der Tiefgarage – Beratung und Beschlussfassung;
- 7 . Berichte des Bürgermeisters;
- 8 . Allfälliges;

Beratung:

1. Beratung und Beschlussfassung über die Neuregelung der Gebührenpflicht Am Graben von Objekt Nr. 2 bis Nr. 14 einschl. vor Habertstraße Nr. 2 (vor Post) von gebührenpflichtigem Parken auf gebührenfreies Parken mit Parkscheibe, Dauer 45 Minuten;

Wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

2. Beratung und Beschlussfassung über die Neuregelung der Gebührenpflicht in der Badgasse, vor Objekt Nr. 3 und 4 von gebührenpflichtigem Parken auf gebührenfreies Parken mit Parkscheibe, Dauer 45 Minuten;

Wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

3. Beratung und Beschlussfassung über die Errichtung einer Ladezone am Rinnholzplatz vor Objekt Nr. 2 und 3 (ehem. Farben Thalhammer);

Wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

4. Beratung und Beschlussfassung über eine zeitlich befristete Aufhebung (bis 30.04.2019) der Fußgängerzone am Rathausplatz zur Schaffung einer gebührenfreien Kurzparkzone mit Parkscheibe (Dauer max. 45 Minuten)

StR. Sageder bringt den Amtsvortrag samt Antrag zur Verlesung:

Seit Verordnung der Fußgängerzone am Rathausplatz stellten manche Geschäftsleute der Innenstadt einen bis zu 40%igen Umsatzrückgang fest. Zur kurzfristigen Verbesserung der Erreichbarkeit der Innenstadtgeschäfte wird vorgeschlagen, für kurze Erledigungen bis zu 45 Minuten, zeitlich befristet bis 30.04.2019, am Rathausplatz eine Kurzparkzone einzurichten.

Antrag:

Zustimmung zur Erlassung beiliegender Verordnung (Beilage ./A) mit nachstehendem Inhalt:

gebührenfreie Kurzparkzone mit Parkdauer von 45 Minuten

Montag, Mittwoch bis Samstag, ausgenommen Feiertage, 08.00 bis 18.00 Uhr,

Dienstag v. 14.00 bis 18.00 Uhr

befristet bis 30.04.2019

Ort: 4810 Gmunden, Rathausplatz,

 eine Parkreihe entlang Scharnsteinerstraße

 zwei Parkreihen im Bereich Brunnen lt. Lageplan vom 29.01.2019

Halte- und Parkverbot ausgenommen gekennzeichnete Kurzparkzonenplätze am Rathausplatz sowie an Markttagen

StR. Sageder bringt seine persönliche Meinung zu diesem Thema vor und informiert, dass diese Angelegenheit im letzten Ausschuss für Verkehrs- und Mobilitätsangelegenheiten behandelt und mehrheitlich – mit der Gegenstimme von ihm – beschlossen wurde. Er berichtet über den heute abgesetzten Vorschlag, Am Graben gebührenfreies Parken mit Parkscheibe zu erlauben. Dieser Vorschlag wäre auch möglich gewesen und hätte ausgereicht, wurde jedoch nicht gewollt. Jetzt geht es um den Rathausplatz und er ersucht, diese Fehlentscheidung nicht zu machen. Warum? Weil der Gemeinderat mit einer solchen Entscheidung unglaublich, unberechenbar und erpressbar wird und wird man sehen, was für Wünsche ab den 30.04. d.J. kommen werden. Sein Telefon stand heute wg. dieser Angelegenheit nicht still.

Zum Fachlichen:

Nach fünf Monaten Fußgängerzone am Rathausplatz macht der Gemeinderat einen „Salto rückwärts“, obwohl Gmunden mehr zentrumsnahe Parkplätze als je zuvor und ein sehr gutes öffentliches Verkehrssystem hat. Trotzdem wird nicht hinterfragt, ob dieser behauptete 40 %ige Rückgang Realität ist. In der Vergangenheit wurde immer wieder mit Zahlen argumentiert, die nicht belegt worden sind. Wer hat also diesen hohen Rückgang und seit wann oder gilt da auch z.B. ein Filialist, der im Umkreis von 8 km fünf deckungsgleiche Filialen hat und der sich wahrscheinlich ausdünnen muss. Wegen der 35 Kurzparkplätze mehr wird die Innenstadt nicht gerettet und ist Gmunden zusätzlich auch weder „seenswert“ noch stilvoll, nicht einmal zu Ostern, zu den Feiertagen und in der Nacht gibt es Ausnahmen, wie dieser Verordnungsentwurf zeigt. Hier liegt wahrscheinlich tatsächlich ein Strukturproblem vor, welches sich die Gemeinde nicht anzugehen traut. Grundsätzlich muss hinterfragt werden, wo in der Innenstadt die **Frequenzbringer** sind. Die Innenstadt hat tolle Geschäfte, aber sind das jene Geschäfte, in denen man wöchentlich einkaufen geht? Er behauptet: nein. Daher sollte versucht werden, frequenzbringende Geschäfte nach Gmunden zu locken. Das wurde jedoch nie gemacht. Natürlich würde auch das Geldmittel erfordern (Miete, Strukturen), aber auch die Kampagne „seenswert und stilvoll“ hat der Stadt € 114.000,00 gekostet und wäre dieses Geld in die Suche von frequenzbringenden Geschäften besser angelegt gewesen.

Damals hat er bei der Beschlussfassung der Fußgängerzone im Gemeinderat laut und deutlich gesagt, dass die Fußgängerzone so gut wie die **Bespielung** sein wird, denn auch der schönste Platz der Welt belebt sich nicht von selbst. Er vermisst die Bespielung seit Ende September, besonders im traditionell schwachen Jänner, denn bis auf den Adventmarkt war nichts los. Er fragt, ist das Desinteresse oder Sabotage? Bis zum 1.9. hat vorwiegend der Steuerzahler zur Abfederung der Baustellennachteile **Standortwerbung** betrieben. Das hat funktioniert, da kein Geschäft das Sicherheitsnetz der Umsatzrückgänge in Anspruch genommen hat. Ab dem 1.9. wurde jedoch nichts mehr unternommen. Jeder Einkaufszentrum-Manager betreibt Werbung, denn die Kunden kommen nicht von selber. Auch der **Tourismusverband** hat keinerlei Vorschläge für die Nebensaison hins. Rathausplatz, Innenstadt, Ausstellungen, Feste oder Events, eingebracht. Leider wurde die damalige internationale Publicity bei der Tram-Eröffnung für Trägerbotschaften nicht genutzt. Beim Tourismus gibt es derzeit nur den Baumwipfelpfad und eine aufwendigen Tourismusstruktur, jedoch keinerlei Vorschläge für die Zukunft. Zum Schluss verweist StR. Sageder noch auf die vielen Mobilitätspreise, die Gmunden erhalten hat. Demnächst wird der Europäische Preis für die Mobilitätswoche 2018 für das Gesamtpaket „Citybus, Straßenbahn, Fußgängerzone, Begegnungszone, Verkehrskonzept“ an die Stadt Gmunden verliehen. Hier wäre es jedoch Etikettenschwindel, wenn Gmunden diesen Preis noch annehmen würde, da die Voraussetzungen so derartig geändert werden. Er wird sich daher weigern, diesen Preis anzunehmen, weil sich hier in die falsche Richtung etwas tut, sollte der Beschluss heute gefasst werden.

Er appelliert abschließend an die Gemeinderäte: Tun sie das Gmunden nicht an, denn sie tun den Gmunderinnen und Gmundern nichts Gutes!

Bgm. Mag. Krapf verweist auf seine eingehende Wortmeldung, warum dieser Gemeinderat einberufen wurde. Er erklärt, dass er keine Statistiken eingefordert hat, die den Rückgang belegen, da sich auch seine persönliche Wahrnehmung mit den Äußerungen bei dieser Jahresplanungssitzung deckt. Er meint, dass dieses Thema polarisiert, es aber nicht ausschließlich ein Wunsch der Innenstadtkaufleute, sondern auch der Kundschaft ist. Bei dieser Besprechung hat sich gezeigt, dass es daran scheitert, dass keine Parkmöglichkeit besteht, um kurze Erledigung zu machen. Leider fehlt dzt. die Laufkundschaft und schlägt sich das konsequenterweise in der Frequenz und in den Umsätzen nieder. Für ihn war das konstruktive und gute Gespräch mit den Kaufleuten persönlich Beweis genug, zu erkennen, dass hier akuter Handlungsbedarf besteht. Er stimmt StR. Sageder zu, dass dieses Unterstützungspaket bis 30.04. nicht die Lösung sein wird und wird die Stadt gemeinsam mit der Wirtschaft umfassendere Maßnahmen ergreifen müssen. Jetzt ist es ein temporäres Angebot der Stadt, um die Kaufleute und die Gastronomie der Innenstadt kurzfristig zu unterstützen, aber auch die Kundschaft, um schnelle Erledigungen unkompliziert tätigen zu können. Ihm ist das ein großes Anliegen zum Wohle der Kaufmannschaft, der Wirtschaft und der Kundschaft.

StR. DI Kaßmannhuber:

„Es geht um die Besucherfrequenz in der Innenstadt.“

Im Zusammenhang mit dem Bahnprojekt haben dazu im Laufe der Zeit viele Personen etwas gesagt: Brandner, Hochegger, Höpolseder, Koch, Krapf, Oberfrank, Sageder, Schönleitner.

Die Zuordnung zu den folgenden Zitaten überlasse ich Ihnen. Viel Spaß beim Auflösen.

(GR 2013)

Die Lebensqualität im Zentrum nimmt zu und ist es international bewiesen, dass Handel und Dienstleistung von Straßenbahnen profitieren.

(tramtastisch 2014)

Jedes innerstädtische Schienenprojekt – und das weltweit – hat nachweislich eine Belebung des Stadtzentrums gebracht. Warum soll das in Gmunden anders sein?

(tramtastisch 2015)

Die Stadt kann wieder als Lebensraum, als Ort zum Verweilen wahrgenommen werden. Der logische Effekt daraus ist eine deutliche Frequenzsteigerung und Stärkung der Wirtschaft.

(tramtastisch 2015)

Auch für die Kaufkraftentwicklung der Stadt Gmunden ist die stad.regio.tram. sehr wichtig. Studien zeigen, dass bis zu 50 Prozent der Kaufkraft von Gschwandt, Kirchham und Vorchdorf nach Gmunden fließen.

(tramtastisch 2015)

Ich sehe das stad.regio.tram Projekt als große Chance für unsere Stadt. Für uns Wirtschaftstreibende wird sich das Einzugsgebiet der Kunden erweitern, davon gehe ich aus. Dieses Projekt ermöglicht uns allen neue Perspektiven.

(OÖN 2015)

Das Ganze ist ein Jahrhundertprojekt. Wir erwarten uns dadurch eine deutliche Belebung der Innenstadt. Zu meinen größten Wünschen gehört auch, dass wir positive Stimmung verbreiten wollen.

(OÖN 2017)

Wir verstehen ja, dass die BIG die Menschen mit Märchen verunsichern will. Die Zustimmung für die Stadt-Regio-Tram wächst analog zu deren Fertigstellung. Damit bröckelt die Daseinsberechtigung der Partei der Straßenbahngegner.

(OÖN 2018)

Wir schließen niemanden aus der Innenstadt aus. Aber das Durchfahren soll schwieriger werden.

(OÖN 2018)

Der Verkehrsstadtrat macht sich sein politisches Leben deshalb nicht einfach, wenn er Autos sanft aber beharrlich aus der Gmundner Innenstadt drängt. Doch er hat Recht.

(OÖN 2018)

Nach vier schwierigen Jahren können wir jetzt die Ernte einfahren. Gmunden wird durch die Traunseetram noch mehr zu einem Magneten.

(TV1 2019)

Das ist ein Projekt dem man, was die Frequenz betrifft, noch ein bisschen Zeit geben muss.

Ich nehme das letzte Zitat auf.

Es ist kein bisschen Zeit mehr für die Wirtschaftstreibenden der Innenstadt. Eine Innenstadtpolitik, die sich viel zu sehr darauf konzentriert, Besucherfrequenz mit der Bahn in die Stadt zu bringen, muss scheitern. Dazu hat die Wirtschafts-Initiative Gmunden den Geschäftsleuten so lange das Beruhigungsmittel gegeben, dass mit der Bahn goldene Frequenzzeiten kommen. Knapp vor dem Umsatztod haben die Geschäftsleute in der Sitzung am 16.1. aufgeschrien und haben lauthals in Anwesenheit des Bürgermeisters protestiert.

Ein Wunsch der Geschäftsleute wurde klar:

Die Kunden mit Auto auch für einen kurzen Aufenthalt in die Stadt einzuladen. Das sagen auch die hier anwesenden BIG Geschäftsinhaber. Dazu gehört auch das Winter- Parken am Rathausplatz. Die WIG hat die Geschäftsleute in diesem Anliegen bis zuletzt nicht unterstützt:

Gut, die WIG ist jetzt auch dafür. Man kann ja dazu lernen.

Es wurde eine Verkehrspolitik gemacht, die kaum Rücksicht auf die Lebenssituation der Menschen nimmt. Menschen fahren noch immer mit dem Auto. Permanent besserwisserisch und belehrend zu sagen, dass das Auto in der Stadt nichts verloren hat, wird die Menschen keinesfalls automatisch zur Bahn bewegen - sie kommen einfach nicht mehr. Eine Verkehrspolitik, die Mensch zuerst propagiert, aber nur Autos raus meint, scheitert.

Es ist nämlich so: Mensch zuerst fährt bequem in den SEP. Dort kann vor allem Frau zuerst das Auto abstellen und rasch ihre Einkäufe tätigen. Frau zuerst hat oft Kinder zuhause; da geht sich der Einkauf mit den Öffis in die Stadt nämlich nicht aus. Vom Flanieren gar nicht zu reden. Da geht eher Mann zuerst in die Stadt ins Wirtshaus. Das kann ich leider nicht gendern, weil es einfach so ist.

Das Parken am Rathausplatz bis Ende April ist nun ein Angebot. Vielleicht bringt es etwas. Es bringt auf jeden Fall eine Freundlichkeit gegenüber den Menschen, die mit dem Auto unterwegs sind:

Auch Ihr seid für einen kurzen Besuch Willkommen!

Die sogenannte Laufkundschaft ist doch auch eine Fahrkundschaft.

Auch ein neu gestalteter Rathausplatz bleibt ein Platz. Er kann jederzeit befahren und beparkt werden.

Es ist auch notwendig, um den Rathausplatz mit Veranstaltungen wie den Wochenmarkt zu bespielen. Falls das Parken am Rathausplatz eine positive Auswirkung auf die Frequenz der Innenstadt hat, kann das selbstverständlich nächstes Jahr wiederholt werden.

Was ist eigentlich der Wunsch der Bevölkerung?

Bürger wurden 2016 zur Esplanade und zum Rathausplatz befragt. Im Sommer wohl gemerkt, wo sich von Haus aus viel tut. Damals auch noch in der Straßenbahn-Euphorie. 1.575 Personen haben gesagt, sie suchen zumindest wöchentlich den Rathausplatz auf. Wo sind die 1.575 befragten Personen jetzt im Winter?

Es wurde die offene Frage gestellt, was wollen Sie am Rathausplatz.

Und hier haben 42 % aufgeschrieben, dass sie einen autofreien Rathausplatz wollen.

58 % haben das nicht aufgeschrieben.

Übrigens: Ich habe die Auswertungen da. Wir können alle Zahlen sofort verifizieren.

Das Parken am Rathausplatz ist sicher nicht das alleinige Mittel, um Menschen in die Stadt zu bringen.

Deshalb hat die BIG beantragt, mit einer halbstündigen gebührenfreien Parkzeit die Tiefgarage besser zu nutzen, die ist nämlich schon da. Mehr Besucher sollen selbstverständlich auch mit den Öffis in die Stadt kommen. Das wirkungsvollste Mittel dazu ist eine geförderte Jahreskarte. Die wird dann ausgenutzt, wie eine Saisonkarte beim Skifahren, kostet die Stadt etwa € 75.000,00 und könnten damit 750 Personen unterstützt werden. Das wären das beste Wirtschaftsförderungsprogramm und auch das beste Mobilitätsprogramm.

Die BIG ist für die temporäre Verwendung des Rathausplatzes zum Parken.“

GR Hochegger verweist auf die Bürgerbefragung, die eindeutig ergeben hat, dass ein autofreier Rathausplatz gewünscht wird und wurde dieser daher auch umgesetzt. Die Bürgerbeteiligung war nicht ganz billig und jetzt wird eine Kehrtwende gemacht. Damit macht sich die Gemeinde lächerlich und unglaubwürdig. Er ist schon länger im Gemeinderat vertreten und kennt schon viele solcher Debatten und Aufschreie betreffend Änderung beim Parken. Es wurden von niemandem Unterlagen vorgelegt, die diesen Rückgang beweisen. Er fragt daher, warum wird nichts vorgelegt? Es sei auch sehr weit hergeholt, zu glauben, mit drei Monate Parken jemanden retten zu können. Die Bürgerbefragungsunterlagen können somit „eingestampft“ werden. Eine aufwendige Bürgerbeteiligung durchzuführen und dann die Leute zu ignorieren, sei nicht richtig. Die SPÖ wird dem Antrag nicht zustimmen.

GR John berichtet über die Entwicklung im Ortsteil Klosterplatz und, dass für manche die Entscheidungen damals nicht nachvollziehbar waren und trotzdem dort etwas Tolles entstanden ist. Verkehr sei für ihn nicht schwarz oder weiß und manche Verkehrsüberlegungen wurden ausprobiert und die Entwicklung abgewartet. Manchmal funktionieren auch Dinge sehr gut, die eigentlich nicht funktionieren können.

Seit Februar 2018 wurde vergessen, an dem Tramprojekt weiterzuarbeiten und mit den Leuten in ernsthaften Gesprächen zu bleiben. Grundsätzlich sind die Monate Jänner bis zum Liebstatsonntag

im März eine leere Zeit für Gmunden und leider sind manche Dinge, die man sich erwartet hat, nicht passiert, wie die Gratisfahrt über die Traunbrücke. Er berichtet, dass es seit mehreren Jahren eine Sommer- und Winterregelung für den Rathausplatz gab, die nicht die schlechteste Lösung und in Summe eine clevere Idee war. GR John bemängelt die unterschiedlichen Öffnungszeiten und Ruhetage in der Innenstadt, die z.B. in den Einkaufszentren einheitlich sind und fragt, wann in der Innenstadt garantiert werden kann, einkaufen gehen zu können? Er appelliert für einheitliche Öffnungszeiten. Das sei der Anker, um den es ihm heute geht: Die Gemeinde tritt mit dem heutigen Beschluss in Vorlage – auch bei der Traunseegarage – und werden die Geschäftsleute nun eindringlich ersucht, nicht nur zu nehmen. Die kommenden Monate – ab heute – sind daher zu nutzen, um ein Konzept zu erstellen, das auch einen Sinn hat. Es kann nicht sein, dass der Steuerzahler nur gibt und nichts dafür bekommt.

Zur Wortmeldung von StR. Sageder meint er, dass Auszeichnungen zwar toll sind, jedoch nicht die Mägen der Unternehmer füllen. Die Schuld dort oder dort zu suchen sei ihm zu wenig, man hat offensichtlich zu wenig miteinander geredet und man hätte mehr für bessere Lösungen tun müssen. Jetzt wird eine Verschnaufzeit geschaffen. Er meint, dass nicht alles falsch gemacht wurde, das zeigt auch, dass die Geschäfte während der Bauphase die Förderung nicht in Anspruch nahmen. Die Gemeinde hat den Fehler gemacht, zum Reden aufzuhören und jetzt haben sich alle Seiten darum zu bemühen, eine bessere Lösung zu suchen. Dass sich in der Innenstadt wenig tut, dazu braucht er keine Fotos, jedoch sind diese Monate noch nie die Hauptkonjunkturzeit gewesen. Er verweist nochmals auf den Klosterplatz, wo sich die 45-Minuten-Kurzparkzone am Randbereich bewährt hat. Er glaubt, dass die Politik nur dann was falsch macht, wenn von Entscheidungen nicht mehr abgerückt wird, denn vor allem beim Verkehr ist es oft einmal klug, zurückzusteigen und neu zu überlegen. Das heißt für ihn jedoch nicht, dass die nächsten 100 Jahre die Autos am Rathausplatz parken, denn hier benötigt es eine bessere Lösung. Nur Zitate herunterzubeten, hilft der Innenstadt wenig, man muss sich zusammensetzen und eine bessere Lösung finden.

Vzbgm.ⁱⁿ Enzmann:

Im Großen und Ganzen sei diese Situation eine Blamage einer kurzsichtigen, dilettantischen Verkehrspolitik.

Zuerst bauen ÖVP, SPÖ und Grüne um teures Geld eine Bahn aus, die niemand braucht, außer Stern & Hafferl und die paar Leute, die entlang der Strecke wohnen. Dann sind sie überrascht, dass keiner damit fährt.

Man verspricht den Innenstadtkaufleuten, dass dieses „Jahrhundertprojekt“ nach vier Jahren Baustelle alle Verkehrsprobleme lösen würde, um jetzt zugeben zu müssen, dass die FPÖ mit ihren Zweifeln doch Recht hatte.

Verkehrstadtrat Sageder gibt den Autofahrern bei jeder Gelegenheit zu verstehen, dass sie in der Innenstadt unerwünscht sind und versteht nicht, dass die Leute dann woanders zum Einkaufen hinfahren.

Wie sollen denn die Autofahrer am Stadtrand in die Traunseetram umsteigen, wenn sie nicht genügend Parkplätze bei den Haltestellen vorfinden? Jetzt nach dem Ende der „Jahrhundertbaustelle“ denkt die ÖVP über den Bau von Parkhäusern bzw. einer Tiefgarage (Rathausplatz) nach. Dies hätte schon spätestens während der Bauzeit umgesetzt werden müssen, um die Innenstadtkaufleute nicht noch einmal zu belasten - oder besser anstelle der Tram.

Weil irgendwann der Rathausplatz neu gestaltet wird, hat man dort gleich heuer das Parken ganzjährig verboten und auch die Taxis verjagt. Jetzt mussten die Realitätsverweigerer wieder zurückrudern.

Vorausschauende Verkehrspolitik mit fundierter Planung und Realitätssinn sieht anders aus. In allen Städten mit funktionierender Fußgänger- oder verkehrsberuhigter Zone im Zentrum gibt es entweder rundherum leicht zu erreichenden Parkraum oder eine weiträumige Tiefgarage darunter.

Das was heute beschlossen wird, ist eine kurzfristige Rettungsmaßnahme und zweifelhaft, ob sie sehr viel bringen wird. Es ermöglicht aber ein Parken für kurzfristige Erledigungen und einem ev. Besuch eines weiteren Geschäftes. Es ist aber auch eine Geste an die Wirtschaft, helfen zu wollen und an die Kunden, dass sie hier gerne gesehen sind.

Die FPÖ wird dem Antrag zustimmen, würde aber auch einer Gebührenzone zustimmen, da die Gebühren nicht der Grund sind, warum die Leute nicht hereinfahren. Die FPÖ geht noch weiter: Solange keine Neugestaltung des Rathausplatzes durchgeführt wurde, spricht sich die FPÖ auch für ein Parken im Sommer *während der Zeit der Ladetätigkeit* (z.B. 08.00 Uhr bis 11.00 Uhr) aus. Danach wäre der Rathausplatz wieder autofrei. Ein dementsprechender Antrag wird für die nächste Gemeinderatsitzung vorbereitet.

GR Mag. Medl befürchtet aufgrund der Wortmeldung von Vzbgm.ⁱⁿ Enzmann, dass in Zukunft ganzjährig am Rathausplatz geparkt wird und dann die Stadt den Preis „für den schönst gelegenen Parkplatz“ erhält.

Die heutige Gemeinderatssitzung ist ein Armutszeugnis für Gmunden, auch deswegen, weil sich die Stadt – wie GR John vorhin erwähnt hat – nicht rechtzeitig um gewisse Dinge gekümmert hat.

Die Untauglichkeit dieser Panikreaktion möchte er anhand einiger Überlegungen festmachen, die er in den letzten Wochen angestellt hat und er lädt ein, sich dieser Problematik schonungslos und in der Tiefe zu widmen. Denn selbst wenn dieser Antrag umgesetzt wird, ist es eine kurzfristige Panikreaktion, die langfristig nichts Positives für die Geschäftsleute und Gmundner/innen bewirken wird.

Auslöser für die Diskussion war ein behaupteter drastischer Umsatz- und Frequenzverlust in der Innenstadt, der über die normalen Einbußen des traditionellen „Jänner-Lochs“ hinausgeht. Für ihn eine reine Spekulation, da ihm der Nachweis von konkreten Zahlen fehlt. Aber für die grundsätzliche Überlegung spielen Details keine Rolle, denn man kommt wohl gemeinsam zum Schluss, dass die Frequenz alles andere als zufriedenstellend ist. Die Frage lautet: Wie kann diese Situation gelöst werden?

Im Zentrum seiner Überlegung steht die Bekämpfung des Sommer/Wintergefälles. Denn, wenn die Neuregelung und die Begegnungszone am 1. April eingeführt worden wäre, würde sich dieses Problem jetzt nicht stellen, dann würden die Eindrücke vom Sommer überwiegen. Um diesem Phänomen Herr zu werden, müssen endlich die wahren Ursachen benannt werden, auch wenn diese mit politischem Versagen der Vorgänger in Zusammenhang stehen und etwas Kreativität erfordern.

Er selber hat weder ein Patentrezept noch die Weisheit für konkrete Lösungen parat, hat jedoch die Problematik in drei Punkte zusammengefasst, die aus seiner Sicht das Kernproblem der Innenstadt bilden:

1)

Wo keine Menschen wohnen, leiden auch die Betriebe. Er ist wirklich äußerst erstaunt, dass diese banale Feststellung kaum Einzug in der leidlichen Innenstadt-Debatte findet. Gmunden braucht einen Masterplan, um die vielen leerstehenden Flächen mit Leben zu erfüllen. Dabei muss bewusst sein, dass ein aktives Eingreifen seitens der Gemeinde erforderlich ist, Geld in die Hand genommen werden muss, um Liegenschaften anzukaufen oder anzumieten. Der Markt hat in diesem Bereich völlig versagt und dahinsiechende Innenstädte hinterlassen. Wenn Frequenz gewollt wird, wird dass der Stadt Geld kosten und wird der Erfolg erst in vielen Jahren geerntet werden können. Hier muss gehandelt werden. Sanierte Altbauwohnungen zu leistbaren Konditionen sind bei jungen Menschen sehr gefragt und nur wenn sich Menschen und Unternehmen niederlassen schafft das Laufkundschaft.

2)

Wo keine Touristen nächtigen, leiden auch die Betriebe aufgrund mangelnder Frequenz. Während im Sommer die Tagesgäste vieles abfangen, machen sich die fehlenden Betten und Qualitätsbetriebe bemerkbar. Unglaublich schwer wiegt daher der fehlende Kongresstourismus, der wetterunabhängig und ganzjährig für Frequenz sorgt. Es werden daher konkrete Maßnahmen für mindestens ein Kongresshotel in der Nähe des Toscana-Zentrums benötigt. Die Stadt kann nicht auf Unternehmer warten, sondern muss hier steuernd eingreifen und Maßnahmen setzen, um Unternehmer anzulocken. Der Fokus muss klar auf die ganzjährige Nutzbarkeit gerichtet werden, sonst erleben wir hier ein Veld an am Wörthersee 2.0, wo im Spätherbst die Gehsteige hochgeklappt werden und zahlreiche Geschäfte nur im Saisonbetrieb offen haben.

3)

Die Gemeinde muss einige Schritte unternehmen, jedoch sind auch die Kaufleute in die Pflicht zu nehmen. Schluss mit Jammern und Sudern! In ihrer Selbstgefälligkeit machen einige Innenstadtkaufleute immer die Gemeinde für ihre Situation verantwortlich. Er ist davon überzeugt, dass *manche* Betriebe ganz anders laufen würden, wenn die Inhaber die Zeit fürs Jammern und Sudern in zeitgemäßes Marketing investieren würden. Die Stadt hat zahlreiche Vorzeigebetriebe, da reisen sogar extra Leute aus Linz, Wels und Bad Ischl zum Einkaufen an.

GR Mag. Medl meint, dass diese 35 Parkplätze weder nachhaltig noch kurzfristig etwas für die Frequenz beitragen und fragt, warum nicht darüber nachgedacht wird, in der Tiefgarage und in manchen Kurzparkzonen (z.B. Am Graben, Habertstraße, Marktplatz) 45 Minuten Gratisparken zu ermöglichen. Dies wäre eine viel tauglichere Maßnahme, als den schönsten Platz von Gmunden fürs Parken zu öffnen. Es gäbe sehr wohl Alternativen, mit denen kurzfristig geholfen werden kann.

Diese Punkte zeigen auch deutlich, dass das Argument nicht da ist, da der Rathausplatz von der Tiefgarage aus in fünf Minuten zu erreichen ist. Es muss daher nicht der schönste Platz entgegen des Bürgerwillens für Autos öffnen.

Er wird dem Antrag nicht zustimmen, da es keine taugliche Maßnahme ist, um Unternehmen zu retten oder den Gmundnerinnen und Gmundnern etwas Gutes zu tun.

GR Mag. Medl informiert über die Einführung des kostenlosen öffentlichen Verkehrs in Luxemburg und meint, dass über Vergünstigungen auch in Gmunden nachgedacht werden kann, denn eines müssen sich auch die härtesten Straßenbahngegner eingestehen: wenn die Tram gratis fährt, wie an Adventsamstagen, ist sie brechend voll. Daher sollen auch hier Maßnahmen gesetzt werden. Abschließend hält er fest, dass heute über eine Entscheidung abgestimmt wird, die nicht im Entferntesten zur Problemlösung beiträgt. In den nächsten Jahren sollte daher gemeinsam mit den Innenstadtkaufleuten versucht werden, eine nachhaltige Lösung zu treffen, wie z.B. die Schaffung von zentrumsnahen Parkplätzen oder das 45 Minuten-Gratis-Parken.

GR John berichtet, dass leider die angedachte Gratisfahrt vom Klosterplatz bis zum Rathausplatz nicht verwirklicht werden konnte, meint, dass über das Luxemburger-Beispiel sicherlich nachgedacht werden sollte und informiert bei dieser Gelegenheit über die hohe Fahrgastzahl im Eröffnungszeitraum (Gratisfahrten), die bei der Tram zu Verspätungen führte. Er meint, dass für die Autofahrer viele Maßnahmen gesetzt werden, damit diese möglichst gratis in die Innenstadt kommen und sollte hier vielleicht ein „Umdrehen“ zugunsten des öffentlichen Verkehrs überlegt werden. Für manche Leute hat die StadtRegioTram nichts gebracht, für manche schon, so auch für seine Familie, da nur mehr ein Auto notwendig ist.

Er erinnert daran, dass es Zeiten gab, wo für öffentliche Parkplätze jährlich € 800.000,00 ausgegeben wurden, mittlerweile ist es ein Nullsummenspiel.

In Zukunft gibt es daher viel darüber nachzudenken und dafür ist der Gemeinderat da. Zu Vzbgm.ⁱⁿ Enzmann gewandt meint er, dass jeder mitdenken und mitarbeiten darf.

StR. Mag. Apfler meint, dass manche Überlegungen noch nicht fertig gedacht sind, man Zeit braucht und nun der Wirtschaft die Hand gereicht wird. Er berichtet über das ruhige und sachliche Gespräch am 16. Jänner, wo die Innenstadtkaufleute dargelegt haben, wo der Schuh drückt. Es ist auch Aufgabe der Politik, diesem Umdenkprozess noch Zeit zu geben. Die Gemeinde kann leider hinsichtlich der Tickets nur gemeinsam mit dem Verkehrsverbund Entscheidungen treffen. Hier wird sie sich bei Gesprächen einbringen müssen.

Zur Wortmeldung von Vzbgm.ⁱⁿ Enzmann erklärt er, dass natürlich über weitere Parkmöglichkeiten, Parkdecks, Park & Ride Stellplätze und Tiefgaragen diskutiert wird und diese Themen noch nicht fertig gedacht sind. Gmunden hat fußläufig viele Parkplätze, aber es sei in Gmunden ja schon ein Problem, wenn nicht bis zum Geschäft gefahren werden kann. Er berichtet, dass es z.B. in Faenza durchaus üblich war, bis zum zentral gelegenen Hotel einen 1-km-Fußweg zu absolvieren. Auch hier ist ein Umdenken noch nicht abgeschlossen. Diese Parkplätze am Rathausplatz sind nun eine Vorleistung der Stadtpolitik und es wird nun erwartet, dass sich die Innenstadtkaufleute entsprechend einbringen und Vorschläge unterbreiten (z.B. gemeinsame Öffnungszeiten). Er ist stolz über die verliehenen Verkehrspreise und muss der öffentlich Verkehr und der Mensch weiter in den Mittelpunkt gestellt werden. Jetzt muss aber noch dieser Nachdenkprozess gemacht und die Wirtschaft unterstützt werden.

Der Bürgermeister ist mit großer Mehrheit gewählt worden, weil er das Miteinander in den Vordergrund rückt. Alle Fraktionen sind eingebunden, der Bürgermeister spricht mit allen und reicht jedem die Hand, auch anderen Berufsgruppen und den Geschäftstreibenden der Innenstadt - aber vielleicht muss mit denen noch mehr kommuniziert werden. Es wird noch diese Zeit für Entscheidungen benötigt, daher diese kurzfristige Maßnahme, diese Parkplätze zu ermöglichen.

StR. Mag. Apfler **schlägt vor** bzw. **beantragt folgenden Zusatz**, dass von diesen Plätzen am Rathausplatz drei Stellplätze für Taxis gekennzeichnet werden.

Er meint, dass hier das Miteinander mit den Taxiunternehmen gesucht werden soll und damit auch Zeit gewonnen wird, die anderen Taxi-Standplätze noch besser zu kommunizieren.

Vzbgm.ⁱⁿ Enzmann gratuliert der ÖVP zu dieser Einsicht. Anlässlich dieser Regelung hat sie Taxi-Standplätze für selbstverständlich angenommen. Es ist jedoch noch besser, wenn diese Standplätze reserviert sind.

GR Ing. Mag. Kammerhofer:

„Ehrenwerte Mitglieder dieses Hohen Gemeinderates, erlauben Sie mir diese von mir heute gewählte sehr förmliche Ansprache. Jene Ansprache, die ich unverschämter Weise, aber voll Genuss, von der Diskussion im Britischen Unterhaus abgekupfert habe. Es geht natürlich heute nicht um den Brexit

aber immerhin um Zahlen, Wirtschaft, Abschied nehmen, Leere und wahrscheinlich - was vielen von ihnen bei der Diskussion um Autoabstellplätze ungewöhnlich vorkommen wird - um Angst, Rat- und Hilflosigkeit.

Bevor ich allerdings zur Psychologie der Veränderung komme, erlauben sie mir als ehemaliger Unternehmer im Einzelhandel auf die Ungereimtheiten bei den Zahlen rund um die Begründung der Aufhebung der Fußgängerzone und auf Ursachen für etwaige Umsatzverluste hinzuweisen, die absolut nichts mit fehlenden Abstellplätzen für Autos zu tun haben.

1) Die Ungereimtheiten bei den Zahlen:

Niemand kennt diese Innenstadtkaufleute namentlich, die Umsatzverluste von 40% angegeben haben. Alle Innenstadtkaufleute, von denen viele von uns Informationen haben, waren entweder mit dem Umsatz 2018 sehr zufrieden oder es war für sie zumindest halbwegs okay.

Daher wollen wir endlich die Antwort,

- um wie viele Betriebe von den 1.363 Betrieben in Gmunden handelt es sich eigentlich?

- Von welchen Zeiträumen reden wir?

- Gibt es konkrete Daten, dass es gerade jene 37 Autoabstellplätze am Rathausplatz sind, die einen 40%igen Umsatzverlust verursacht haben?

Eine weitere Ungereimtheit der Zahlen ist grundsätzlich für Gmunden sehr erfreulich, aber macht - sehr geehrter Herr Bürgermeister - diese Initiative für Autoabstellplätze am Rathausplatz noch befremdlicher.

Obwohl 2018 diese 37 Autoabstellplätze am Rathausplatz weggefallen sind, verzeichnete die Stadtgemeinde Gmunden – und jetzt ersuche ich Sie ganz genau hinzuhören – zwischen 2018 zu 2017 einen Kommunalsteuerzuwachs von € 317.000,00. Das sind 4,7% mehr als im Jahr vorher.

Diese 4,7% sind in Relation mehr als doppelt so hoch wie das erfreuliche Wirtschaftswachstum im gesamten Österreich. Also Gmunden war, überspitzt gesagt, wirtschaftlich doppelt so erfolgreich wie unsere ganze Republik.

Natürlich kann man den Kommunalsteuerzuwachs in Gmunden nicht direkt mit Umsatzzuwächsen (oder Verlusten) vergleichen. Aber diesem Kommunalsteuerzuwachs lag mit Sicherheit der eher hohe Umsatzgewinn in Gmunden und sicher kein Umsatzverlust zugrunde.

Ehrenwerte Mehrheit dieses Hohen Gemeinderates: Eindeutig ist festzustellen, dass die Begründung einer wirtschaftlichen Notwendigkeit, 35 Stellplätze am Rathausplatz schaffen zu wollen, kontraproduktiv ist. Mehr noch, es könnte letztlich dem Wirtschaftsstandort Gmunden sogar schaden.

2) Welche Entwicklungen in unserer Stadtgemeinde zwischen 2017/18 dürften aber für Innenstadtkaufleute wirklich relevant gewesen sein?

Ehrenwerte Mitglieder dieses Hohen Gemeinderates, darf ich Sie nochmals um besondere Aufmerksamkeit ersuchen: Gmunden ist, was die Einwohnerzahl betrifft, wieder ziemlich genau auf dem Stand von 2001. Trotz explodierender Bautätigkeit ist Gmunden wieder am Stand vor etwa 18 Jahren. Wir hatten in Gmunden, nach mir vorliegenden Statistiken, im Vorjahr 81 Einwohner weniger als 2017.

Dieser Verlust ist an den toten Fenstern der Innenstadt Nacht für Nacht für uns alle ersichtlich.

Dieser Verlust trifft nicht nur die Gemeinde, die hohe Bundeszuschüsse verliert, sondern trifft punktgenau Innenstadtkaufleute, die wahrscheinlich sehr treue Kunden verloren haben. Sie werden mir zustimmen, dass dieser Kaufkraftverlust durch den Einwohnerrückgang Gmundens 2018 wahrscheinlich € 1 Mio. – oder mehr - betragen hat.

3) Ist die wahre Ursache, also der Drang jetzt unbedingt 37 Autos auf einen der schönsten Plätze Österreichs abstellen zu wollen, in Wirklichkeit eine unbewusste Angstreaktion?

Vieles spricht dafür es so zu betrachten. An der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der 1.363 WKO Mitglieder der Gemeinde Gmunden kann es ja nicht gelegen sein. Wirtschaftlich boomt Gmunden wie wir alle wissen. Schon eher können Umsatzverluste in der Innenstadt mit dem Wegfall von kaufkräftigen Einwohnern zusammenhängen. Aber mit Sicherheit kompensieren 37 Abstellplätze künftig nicht diese fehlenden Umsätze, jener die gestorben oder weggezogen sind.

Was ist also die Ursache, diesen wunderschönen Platz am See wieder mit ruhenden Verkehr vollzumüllen, obwohl es 50 Meter weiter in der Tiefgarage genügend Parkplätze gibt? Die Ursache dürfte – und jetzt ersuche ich Sie als ehrenwerte Mitglieder dieses Hohen Gemeinderates – zum letzten Mal um besondere Aufmerksamkeit:

Die Ursache bzw. der Drang diesen wunderschönen Platz wieder mit Stellplätzen zu verschandeln, dürfte in einem seit der Antike bekannten Phänomen zu suchen sein: dem HORROR VACUI, dem

wissenschaftlich in der Philosophie, Psychologie, Kunst und Städteplanung besonders seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts wieder große Aufmerksamkeit geschenkt wird. Der HORROR VACUI ist die Angst vor der Leere. In der Kunst ist der HORROR VACUI der Mut zur freien Fläche als Gegenpol zur angst vor der Leere, wie sie der Kunstkritiker Mario Praz verwendet hat. In der Architektur wird HORROR VACUI als visueller Lärm verstanden und letztlich hat auch der Schriftsteller oder der Journalist mit dem HORROR VACUI Angst vor dem leeren Blatt, das vor ihm liegt.

Wir alle erkennen dieses HORROR VACUI Phänomen – wenn wir mit uns ehrlich sind - offensichtlich jetzt auch bei uns selbst am Rathausplatz. Aber was überwiegt in uns als ehrenwerte Mitglieder dieses Hohen Gemeinderates:

- unsere Angst vor Einsamkeit und Leere (an der Wirtschaftsentwicklung Gmundens kann es nicht liegen)
oder
- der Mut für einen freien Rathausplatz mit der unbehinderten herrlichen Sicht auf den See und die Berge.

Meine Bitte: Suchen wir sofort gemeinsam nach echten Alternativen, unsere Innenstadt mit Leben zu erfüllen. Es gibt dafür Lösungen. Verlieren wir daher keine Zeit durch Scheinlösungen. Die Aufhebung der Fußgängerzone am Rathausplatz wäre eine solche.“

GR DI Kienesberger:

Der Antrag ist damit begründet, dass seit Verordnung der Fußgängerzone am Rathausplatz manche Geschäftsleute in der Innenstadt einen Umsatzrückgang bis zu 40 % feststellen. Dazu merkt er an:

1. Ein Umsatzrückgang kann verschiedene Ursachen haben. Der Jänner ist ein traditionell schlechter Geschäftsmonat. Die Umsatzrückgänge durch den Onlinehandel sind allgemein bekannt. Sigi John hat die unterschiedlichen Öffnungszeiten erwähnt. Wolfgang Sageder hat auf den allgemeinen Bedeutungsverlust der Innenstadt als Handelsstandort hingewiesen, zu dem die sogenannte Wirtschaftspartei ÖVP mit dem überdimensionierten Einkaufszentrum auf dem SEP-Gelände und mit den Geschäftsgebieten an der Nordumfahrung, die sich rein am motorisierten Individualverkehr orientieren, wesentlich beigetragen hat.
Die Geschäftsrückgänge bis 40 % muss er ungeprüft zur Kenntnis nehmen, aber sie auf die fehlenden Parkmöglichkeiten auf dem Rathausplatz zurückzuführen, dazu fehlt ihm jeder Beweis.
2. Am Rathausplatz sind 35 Stellplätze geplant. Die zu erwartenden Linksabbieger werden mangels einer Linksabbiegespur einen Stau zur Folge haben, der sich besonders nachteilig auf die Tram und die Citybusse auswirken wird. Für den öffentlichen Verkehr wird es schwierig werden, den Fahrplan einzuhalten. Sein Eindruck ist, dass das Parken am Rathausplatz nicht bis zum Ende gedacht ist.
3. Bei der Bürgerbeteiligung im Jahre 2016 haben sich von den insgesamt 2034 Teilnehmer/innen 873 Personen, das sind 42,9 % für einen autofreien Rathausplatz ausgesprochen. Das war die höchste Nennung überhaupt. Lediglich 50 Personen, das sind 2,5 %, haben sich für eine Beibehaltung der Parkmöglichkeiten ausgesprochen. Im Sinne des „Kaßmannhuberischen Statistikverständnisses“ meint er, dass sich 97,5 % für einen autofreien Rathausplatz ausgesprochen haben.
4. Der „Generalplan Mobilität“ legt Prioritäten für den unmotorisierten Individualverkehr und den öffentlichen Verkehr fest und sieht in der konkreten Umsetzung einen autofreien Rathausplatz vor. Mit dem vorliegenden Antrag beweist die Mehrheit des Gemeinderates, dass sie nicht wirklich hinter dem „Generalplan Mobilität“ steht.
5. Grundsätzlich muss eine Gemeindepolitik zielorientiert sein. Wenn er die Zielsetzungen der Gemeinde in der letzten Zeit verfolge, hat es den Anschein, dass die Schaffung von Parkplätzen das wichtigste Thema ist. Statt „Gmunden am Traunsee“ – „Gmunden am Parkplatz“:
6. Der Vorschlag der BIG, beim Parken in der Tiefgarage eine Gebührenbefreiung für die erste halbe Stunde einzuführen, wäre für ihn eine diskutabile Sofortmaßnahme gewesen, jedoch nicht im Zusammenhang mit der Verparkung des Rathausplatzes.
7. Für eine längerfristige Beurteilung halte er eine Erhebung der Kundenströme für zweckmäßig, was nach dem heutigen Stand der Technik mit automatischen Zählstellen kostengünstig durchgeführt werden kann. So liegt z. B. keine Verkehrszählung von der Brücke vor. Es gibt zwar eine Autoverkehrszählung, die fälschlicherweise als Verkehrszählung bezeichnet wird, es ist aber nicht bekannt, wie viele Personen mit dem öffentlichen Verkehr, dem Rad oder zu Fuß kommen.
8. Für die Erreichbarkeit des Zentrums ist das Tarifsystem des öffentlichen Verkehrs ein großes Hindernis. Wer zahlt schon gerne für eine kurze Strecke, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten beim Ticketautomaten. Bestrebungen der Gemeinde für eine kostenlose Benützung des öffentlichen Verkehrs in der Stadt sind bisher am Widerstand des Oö.

Verkehrsverbundes gescheitert. Vielleicht könnte man kostengünstige Zeitkarten (Monats-/Jahreskarten) einführen, wenn die Gemeinde einen Teil der Kosten übernimmt. Das Gratisparken kostet der Gemeinde ja auch Geld, wenn sie wertvollen Stadtgrund gratis zur Verfügung stellt. Er verweist auf den € 15,00-Tarif für die Dauerparker, einen Tarif, der nicht kostendeckend ist und eine Förderung des Autoverkehrs darstellt. Hier könnte auch statt dieses Betrages eine Monatskarte für den öffentlichen Verkehr verlangt werden, wie es einige Städte schon erfolgreich praktizieren.

Wie man sieht, gibt es intelligentere Lösungen, als den schönsten Platz Gmundens mit einem Blechsalat zu überziehen – Lösungen, die zudem noch nachhaltig sind. Er bittet daher die Mehrheit des Gemeinderates, anstelle eines nicht zu Ende gedachten Hüftschusses, den Antrag noch zu überdenken und stellt den

Gegenantrag

vor einer Entscheidung

- eine Grundlagenforschung durchzuführen und
- Alternativen anzudenken, speziell was die Tarife für den öffentlichen Verkehr betreffen.

GR DI Kienesberger schließt mit einem Zitat von Hermann Knoflacher: „Wenn die Menschheit nicht bereit ist, ein paar hundert Meter zu Fuß zu gehen, wird sie in der Evolution um acht Millionen Jahre zurückfallen“.

GR Schedenig informiert, dass eine Fußgängerzone gewisser Voraussetzungen bedarf, damit sie funktioniert:

1. Vorhandensein eines gewissen Basisstroms von Passanten:

Dieser hängt von der Stadtgröße und der Größe der Fußgängerzone ab. Für die Gmundner Fußgängerzone Rathausplatz würden 10.000 Personen pro Tag benötigt und erreicht Gmunden diese benötigte Zahl bei weitem nicht. Bei einer weit zurückliegenden Zählung wurden ca. 26.000 Passanten pro Woche (!) gezählt.

2. Erschließungsstraßen rundum diese Zone:

Diese werden nicht nur zur Belieferung der Waren, sondern auch zum Zufahren derer benötigt, die in der Fußgängerzone Erledigungen tätigen wollen bzw. im Optimalfall auch, um dort parken zu können, um von dort dann in die Fußgängerzone zu gelangen. Die Fußgängerzone Rathausplatz ist derart eingekeilt von Nichtzufahrtsmöglichkeiten, sodass eine Erschließung praktisch nicht gegeben ist.

3. Eine angenehme bauliche Gestaltung:

Diese Gestaltung fehlt.

GR Schedenig meint, dass man sich daher nicht wundern darf, warum diese Fußgängerzone nicht funktioniert. Im Vergleich zu anderen Städten hat diese Fußgängerzone schlechte Voraussetzungen bzw. sind die Voraussetzungen in Gmunden absolut nicht gegeben und sei daher eine Fußgängerzone am Rathausplatz nicht durchführbar. Er bedankt sich bei StR. Mag. Apfler für den Vorschlag, auf dem Rathausplatz drei Stellplätze für Taxis zu installieren, denn das Nahverkehrsmittel Taxi darf nicht vom Gmundner Zentrum verstoßen werden. Vor allem ältere Personen wollen mit dem Taxi heimfahren und sind die anderen Taxistandplätze zu weit entfernt.

StR. Sageder erklärt, dass er nicht auf die einzelnen Argumente eingeht, denn jedes Argument hat etwas dafür oder dagegen. Fest steht, dass sich die einzelnen Fraktionen in ihrer Ansicht schon festgelegt haben. Er stimmt GR John mit dem Vergleich Klosterplatz zu und ist es durchaus vernünftig und legitim über die Parkänderung Am Graben zu diskutieren. Mit dem heutigen Beschluss darf nicht aufgehört werden, weitere Überlegungen anzustellen. Er meint, dass es sich hier nicht um ein reines Verkehrsproblem handelt. Weiters soll man sich nicht auf die Diskussion der 90er-Jahre „SEP contra Innenstadt“ zurückfallen lassen, denn diese Zeit ist vorbei und ist es Unsinn, heute noch darüber zu diskutieren, denn es ist EIN Gmunden, EIN Handel und EINE Kommunalsteuergemeinschaft. Er lädt ein, sich die vorgebrachten Argumente zu Gemüte zu führen und eine Lösung zu finden, denn es gibt bessere Lösungen.

GR.ⁱⁿ Hausherr fragt sich, warum das Geschäftsmodell mit den Öffis nicht angenommen wird und erklärt, dass sie schon länger für Parkplätze für die schnellen Wege plädiert, da der Alltag zeigt, dass jeder Zeitdruck hat und daher nicht jeder außerhalb der Stadt parkt, um dann mit den Öffis in die Stadt

zu fahren. Weiters sind auch nicht alle Erledigungen in der Stadt möglich und darum wird das Auto sowieso für die Erledigungen außerhalb der Stadt benötigt. Es sollte daher ein Faktencheck gemacht und überlegt werden, was in einem zeitlich nahen Umfeld bewegt werden kann, denn es muss auch eine Lösung für die Zeit nach dem 30.04. vorliegen. Das muss ihrer Meinung nach rasch angegangen werden, denn sonst wird sich im Herbst wieder alles genau so darstellen. Schon während der Baustelle wurde den Handelsbetrieben geholfen, denn ansonsten wäre diese Mieserei schon früher in dieser Dimension eingetreten. Die Innenstadt wäre bereits jetzt schon tot, wenn das damals angedachte Fahrverbot am Beginn der Brücke, ausgenommen Zustelldienste, umgesetzt worden wäre. Gmunden hat nichts davon, wenn die Kaufleute ihre Läden zusperren, daher sollte heute vernünftig abgestimmt werden. Sie meint, dass möglichst bald versucht werden sollte, gute Lösungen, auch mit Parkhäusern und Schaffung von Parkplätzen, zu finden. Sie hofft daher, dass vielleicht schon mit 1. Mai eine Lösung Am Graben möglich ist.

Bgm. Mag. Krapf bedankt sich für die konstruktive Diskussion und meint, dass sich die Gemeinde nicht lächerlich macht, wenn Anliegen und Sorgen der Innenstadtkaufleute sehr ernst genommen werden. Er wird heute für diese temporäre Maßnahme stimmen, als Unterstützungspaket, als Zeichen und Angebot an die Wirtschaft. Er stimmt mit allen überein, dass in Zukunft die Nachhaltigkeit und die Belebung der Innenstadt nur gemeinsam mit der Wirtschaft angegangen werden kann. Eine Erarbeitung dieser Maßnahmenpakete muss gemeinsam erfolgen.

GR DI Kienesberger bringt nochmals seinen **Gegenantrag** vor:

Vor einer Entscheidung

- eine Grundlagenforschung durchzuführen und
- Alternativen anzudenken, speziell was die Tarife für den öffentlichen Verkehr betreffen.

Bgm. Mag. Krapf lässt zuerst über den **Gegenantrag** von GR DI Kienesberger abstimmen:

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt

8 JA-Stimmen: SPÖ (5): StR. Sageder, GR.ⁱⁿ Fronia-Forstner, GR Hochegger, GR Mag. Medl, GR Tschütscher; GRÜNE (3): GR.ⁱⁿ Mag.^a Bors, GR DI Kienesberger, GR Ing. Mag. Kammerhofer;

26 Gegenstimmen: ÖVP (17); FPÖ (5); BIG (4);

3 Stimmenthaltungen: ÖVP (3): GR John, GR Bammingner, GR.ⁱⁿ Laherstorfer

Bgm. Mag. Krapf meint – auch im Namen vieler anderer Gemeinderäte -, dass grundsätzlich das Tarifmodell zu evaluieren ist und seitens der Stadt versucht werden sollte, hier beim Verkehrsverbund etwas zu bewirken.

Aufgrund der Wortmeldung von StR. Mag. Apfler bringt Bgm. Mag. Krapf folgenden **abgeänderten Antrag** zur Abstimmung:

Antrag:

Zustimmung zur Erlassung beiliegender Verordnung (Beilage .A) mit nachstehendem Inhalt:
gebührenfreie Kurzparkzone mit Parkdauer von 45 Minuten

Montag, Mittwoch bis Samstag, ausgenommen Feiertage, 08.00 bis 18.00 Uhr,

Dienstag v. 14.00 bis 18.00 Uhr

befristet bis 30.04.2019

Ort: 4810 Gmunden, Rathausplatz,

eine Parkreihe entlang Scharnsteinerstraße

zwei Parkreihen im Bereich Brunnen lt. Lageplan vom 29.01.2019

Halte- und Parkverbot ausgenommen gekennzeichnete Parkplätze **und drei Taxistandplätze** am Rathausplatz, sowie an Markttagen.

Beschluss: mehrheitlich genehmigt

28 JA-Stimmen: ÖVP (19); FPÖ (5); BIG (4);

8 Gegenstimmen: SPÖ (5): StR. Sageder, GR.ⁱⁿ Fronia-Forstner, GR Hochegger, GR Mag. Medl, GR Tschütscher; GRÜNE (3): GR.ⁱⁿ Mag.^a Bors, GR DI Kienesberger, GR Ing. Mag. Kammerhofer

1 Stimmenthaltung: ÖVP (1): GR.ⁱⁿ Laherstorfer

5. Antrag der BIG Gemeinderatsfraktion zur Gebührenbefreiung der ersten halben Stunde des Parkens in der Tiefgarage – Beratung und Beschlussfassung;

StR. DI Kaßmannhuber:

Geschäfte in der Innenstadt tragen wesentlich zu einer belebten und lebenswerten Innenstadt bei. In vielen Geschäften ist jedoch in den letzten Monaten ein substantieller Umsatzrückgang eingetreten. Ein Grund dafür ist, dass die Anfahrt mit dem PKW für kurze Erledigungen keineswegs attraktiv ist. Eine Gebührenbefreiung für die erste halbe Stunde in der Tiefgarage erhöht die Attraktivität massiv, Erledigungen in der Stadt durchzuführen.

Vorteile sind:

Das ist das wirksamste Wirtschaftsförderungsprogramm für die Innenstadt.

Die Maßnahme ist sofort durchführbar.

Die Maßnahme ist einfach zu bewerben.

In Schwachzeiten ist immer Platz in der Tiefgarage.

Die höhere Frequenz kann teilweise die Einnahmenverluste kompensieren.

Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Gmunden möge daher beschließen:

Die Gebührenordnung in der Tiefgarage wird insofern geändert, dass die erste halbe Stunde Parken gebührenfrei ist.

StR. DI Kaßmannhuber informiert, dass dafür jährliche Kosten in Höhe von € 80.000,00 bzw. bis Ende April Kosten in Höhe von € 30.000,00 entstehen, hier aber auch eine gewisse Kompensation durch mehr Leute möglich ist. Er hält fest, dass diese Aktion eine wirksame Sofortmaßnahme wäre, die mit einfachen Mitteln, wie der Aufstellung von Plakatständern bei der Tiefgarageneinfahrt, beworben werden kann.

StR. Mag. Apfler stellt den **Zusatzantrag**, diese Aktion bis 30.04.2019 zu beschränken, da weitere Maßnahmen im Gemeinderat am 21.03.2019 eingebracht und diskutiert werden können. Er spricht sich für diese Aktion aus, wenn sie zeitlich beschränkt wird.

GR Mag. Medl bedankt sich für den Antrag der BIG und meint, dass diese Maßnahme sofort wirkt und somit auch nicht der schönste Platz Österreichs für Parkplätze geopfert werden muss. Da es keinen Unterschied macht, ob auf dem Rathausplatz oder in der Tiefgarage geparkt wird, könnte auch über eine Gratisparkzeit von 45 Minuten diskutiert werden. Die vorgeschlagene Maßnahme trägt er gerne mit, da damit den Kunden und Geschäftsleuten geholfen wird und wäre dies auch mit einer Maßnahme Am Graben möglich gewesen. Für ihn stellt auch der nächste Tagesordnungspunkt hinsichtlich einer viertelstündlichen Abrechnung der Parkgebühr in der Tiefgarage eine vernünftige Lösung dar.

GR.ⁱⁿ Drack berichtet, dass seit der Einführung des gebührenfreien Parkens an Samstagen (Parkuhr) in ihrem Geschäft eine ca. 50%ige-Umsatzsteigerung zu verzeichnen und grundsätzlich an diesem Tag auch wesentlich mehr Frequenz festzustellen ist.

Auf die Wortmeldung von GR Schedenig hins. Proportionaltarif in der Tiefgarage erklärt GR Mag. Medl, dass in der Tiefgarage halbstündlich abgerechnet wird.

Den Vorschlag von GR Hochegger die TO-Pkt. 5) und 6) zusammenzufassen lehnt GR DI Kienesberger ab, da sich seine Fraktion gegen das Gratisparken jedoch für die viertelstündliche Abrechnung ausspricht.

Aufgrund des Zusatzantrages von StR. Mag. Apfler ändert StR. DI Kaßmannhuber seinen gestellten **Antrag** wie folgt ab:

Die Gebührenordnung in der Tiefgarage wird insofern geändert, dass die erste halbe Stunde Parken **befristet bis 30.04.2019** gebührenfrei ist.

StR. Mag. Apfler zieht in der Folge den Zusatzantrag zurück.

Bgm. Mag. Krapf lässt über den **Antrag** abstimmen.

Beschluss: mehrheitlich genehmigt

34 JA-Stimmen: ÖVP (20); FPÖ (5); SPÖ (5); BIG (4);

3 Gegenstimmen: GRÜNE (3); GR.ⁱⁿ Mag.^a Bors, GR DI Kienesberger, GR Ing. Mag. Kammerhofer

6. Antrag der BIG Gemeinderatsfraktion zur viertelstündlichen Abrechnung der Parkgebühr in der Tiefgarage – Beratung und Beschlussfassung;

StR. DI Kaßmannhuber:

Geschäfte in der Innenstadt tragen wesentlich zu einer belebten und lebenswerten Innenstadt bei. In vielen Geschäften ist jedoch in den letzten Monaten ein substantieller Umsatzrückgang eingetreten.

Derzeit wird die Benutzung der Tiefgarage stundenweise abgerechnet. So kann die Zeit eines Kinobesuches € 6,00 kosten. Diese Verrechnung wird als unfair empfunden und hält Personen mit PKW ab, die Innenstadt für Erledigungen aufzusuchen.

Um die Attraktivität für Erledigungen in der Innenstadt zu erhöhen, soll die Abrechnung der Tiefgaragenplätze viertelstündlich erfolgen.

Vorteile sind:

Das ist ein wirksames Wirtschaftsförderungsprogramm für die Innenstadt.

Die Maßnahme ist sofort durchführbar.

Die Maßnahme wird als Einladung in die Innenstadt empfunden.

In Schwachzeiten ist immer Platz in der Tiefgarage.

Eine höhere Frequenz kann teilweise die Einnahmenverluste kompensieren.

Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Gmunden möge daher beschließen:

Die Gebührenordnung in der Tiefgarage wird insofern geändert, dass die Gebühren viertelstündlich verrechnet werden.

Auf Nachfrage von Vzbgm.ⁱⁿ Enzmann erklärt StR. DI Kaßmannhuber, dass die ersten drei Stunden derzeit halbstündlich abgerechnet werden.

StR. Mag. Apfner erklärt – auch im Sinne des heute abwesenden Finanzreferenten -, dass vor einer Beschlussfassung die finanziellen Auswirkungen im Ausschuss für Finanzangelegenheiten abgeklärt werden sollen.

Er stellt daher den **Antrag zur Geschäftsordnung**, diese Angelegenheit dem Ausschuss für Finanzangelegenheiten zur eingehenden Beratung zuzuweisen.

GR DI Kienesberger wirft ein, dass es nicht zusammenpasst, dass heute lauter unüberlegte Beschlüsse gefasst werden und gerade bei diesem nochmals überlegt wird.

Bgm. Mag. Krapf lässt über den **Antrag** von StR. Mag. Apfner abstimmen.

Beschluss: mehrheitlich genehmigt

34 JA-Stimmen: ÖVP (20); FPÖ (5); SPÖ (5); BIG (4);

2 Stimmenthaltungen: GRÜNE (2); GR.ⁱⁿ Mag.^a Bors, GR Ing. Mag. Kammerhofer

1 Gegenstimme: GRÜNE (1); GR DI Kienesberger

GR John hält die Durchrechnung und Prüfung für richtig. Jahrzehntlang wurde mit Steuergeldern und anderen Parkplätzen die Tiefgarage subventioniert und sollte vermieden werden, dass alle anderen Parkplätze Einnahmen für die Erhaltung der Tiefgarage lukrieren müssen.

Auf die Wortmeldung von GR Ing. Mag. Kammerhofer, es scheint so, dass die gebührenfreien Parkplätze am Rathausplatz kein Problem seien, erklärt GR.ⁱⁿ Peganz, dass hier keine Kosten entstehen.

7. Berichte des Bürgermeisters;

a)

Bgm. Mag. Krapf freut sich, dass in der **Weihnachtszeit** viel Gutes zum Wohle der Menschen, die nicht auf die Sonnenseite des Lebens gefallen sind, passiert ist. Die Stadtgemeinde Gmunden (Sozialamt) hat in dieser Zeit viel Zuspruch und viele Spenden erhalten. Auch die Medien, wie Nachrichten, Bezirksrundschau und Tips waren involviert und zeigten viel Herz mit Christkindlaktionen. Dafür bedankt er sich sehr herzlich.

Er bedankt sich weiters beim Leiter des Sozialamtes, aber auch bei allen Gmundner Serviceclubs, die für Menschen in Not da sind. Er informiert über die Aktion „Gmunden für Gmunden“ mit der Weihnachtspaketaktion für 83 bedürftige Kinder aus Gmunden und bedankt sich auch für diese Aktion sehr herzlich. Großer Dank gebührt auch den Traunsee-Sharks für die Christkindlaktion des Bezirkes, den Jägerballorganisatorinnen für ihre Spende und den Gemeinderäten Oberwallner, Dobringer und Thalinger sowie den Wirtschaftstreibenden Klosterplatz für die Ausrichtung eines Punschstandes am Klosterplatz zugunsten des Roten Kreuzes.

Er dankt abschließend allen Clubs, Institutionen sowie allen Menschen, Bürgerinnen und Bürgern, die sich für Menschen einsetzen, denen es nicht so gut geht. Hier ist Weihnachten 2018 sehr viel Positives und Erfreuliches in Gmunden geschehen.

8. Allfälliges;

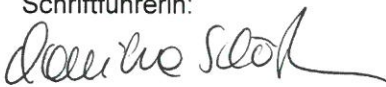
a)

StR. Mag. Apfler ergänzt zur Wortmeldung von Bgm. Mag. Krapf betr. der **Aktion „Gmunden für Gmunden“**, dass in diesen Paketen auch Kino-Gutscheine waren. Bereits wenige Stunden später, also vor dem 24.12., wurden die ersten Gutscheine von den Kindern eingelöst.

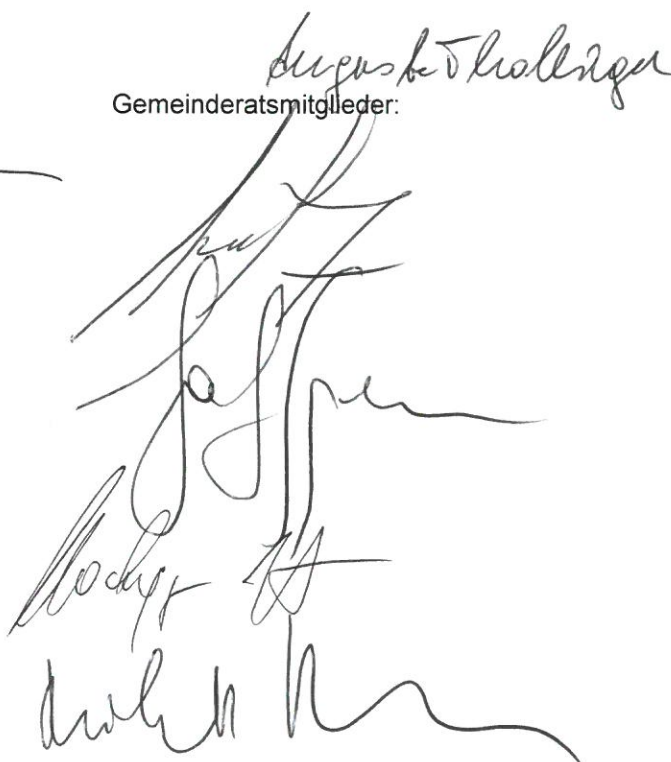
Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Vorsitzende dankt für die Teilnahme und schließt die Sitzung.

Schriftführerin:



Gemeinderatsmitglieder:

August Thalinger


Bürgermeister:

